

10563

Schweiz

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Z)
Kretz Annoncen AG (Fel)

SCHWEIZERISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
HALMWYSTRASSE 15
3003 BERN

61-84700011

227

Überraschungscoup



Manch einer rieb sich Augen, als er am 6. September 1995 abends Fussballspiel Schweiz - Schweden am Fernsehen verfolgte. War da tatsächlich die FDP mit einer Bandenwerbung präsent? Sie war es. Erstmals kam eine schweizerische Partei auf die Idee gekommen, vom Ausland her in die Schweizer Stuben zu werben. Eine kreative Idee als Zeichen einer kreativen Politik.

Gelungen: Am Fussballspiel Schweiz - Schweden (0:0) war die FDP mit einer Bandenwerbung präsent. (Photo Keystone)

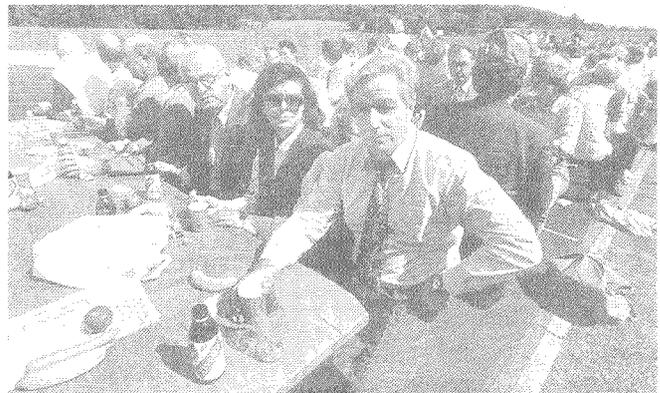
AMK. Die elektronischen Medien machen bekanntlich bei den Grenzen nicht halt. So ist beispielsweise die Werbung für Tabak und Alkohol am Fernsehen in der Schweiz verboten. Sie flimmert dennoch in unsere Stuben – aus dem Ausland.

Warum nicht einmal seiner Freude über unsere Nationalmannschaft und ihre Fans Ausdruck geben, sagte sich die FDP. Warum nicht einmal in einem Stadion mit einer Bandenwerbung präsent sein? Warum nicht einmal kurz vor den Wahlen einen speziellen Akzent setzen?

Primär will die FDP mit ihrer Politik, mit kompetenten Lösungen überzeugen. In einem Zeitalter, in dem die Medienflut immens ist, in dem das Aussergewöhnliche gesucht wird, muss man aber auf vielen Ebenen präsent, muss man kreativ sein. Das eine wie das andere ist gefragt.

Ein Fussballmatch ist ein Spiel, die FDP hat verschmitzt lächelnd mitgespielt. Der Überraschungscoup im schwedischen Göteborg kurz vor den Wahlen ist ihr gelungen.

Wahlfest



Freisinnige aus der ganzen Schweiz trafen sich am 26. August 1995 in Magglingen zum grossen Wahlfest. «Fit für den Wahlkampf» hiess das Motto. Ihre geistige Fitness zeigte die FDP mit der angriffigen Wahlkampfplattform, ihre körperliche mit sportlichen Spielen, ihre parteipolitische im geselligen Zusammensein wie hier im Bild (im Vordergrund Nationalrat Karl Tschuppert aus Ettiswil). – Lesen Sie ab Seite 5. (Photo ruti)

Inhalt	
■ Düstere Finanzperspektiven für die AHV: Lesen Sie ab Seite	12
■ Der Schweiz geht es gut, wenn es der FDP gutgeht. Warum, sagt unser Kolumnist auf Seite	13
■ Für freiwillige Tages-schulen plädieren die FDP-Frauen Seite	14



Bomben für den Frieden

Die Bomben der atlantischen Allianz (Nato) auf Stellungen der bosnischen Serben können nicht zum Frieden führen, aber sie können die Voraussetzungen zum Frieden wenn nicht schaffen, so doch entscheidend verändern. Voraussetzung ist allerdings, dass sich alle Konfliktparteien an den Verhandlungstisch setzen und zu einer politischen Lösung gelangen.

◉ Jacques Baumgartner

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina dauert schon über drei Jahre. Vereinzelt hat die Nato im Auftrag der Vereinten Nationen (Uno) auch in der Vergangenheit bosnisch-serbische Ziele bombardiert, aber es geschah recht zögerlich, weil die Politiker zögerten, den Mut nicht hatten zu entscheiden, was früher einmal soviel bedeutete, wie das Schwert aus der Scheide zu ziehen und zu kämpfen.

Die Weltgemeinschaft schien willenlos geworden zu sein. Resolutionspapiere wurden im Uno-Sicherheitsrat, in der Europäischen Union (EU), in der Europäischen Organisation für Si-

cherheit und Zusammenarbeit (KSZE/OSZE) verabschiedet, Drohungen ausgesprochen, und alles erwies sich als eine riesige Sprechblase. Sprechblasen vermochten zu keinem Zeitpunkt die bosnischen Serben aufzuhalten, und das von Uno und EU verhängte und so friedlich erscheinende Mittel eines Waffenembargos war in all den Jahren nur Serbien nützlich. Es war die Hinnahme – durch die Weltgemeinschaft – der Kriegsrealität, nach der militärische Stärke Erfolg hat.

Im Mai/Juni brach das Uno-Konzept für Bosnien-Herzegowina vollends zusammen, als die bosnischen Serben Uno-Soldaten als Geiseln nahmen, als die sogenannte Uno-Schutzzone von Srebrenica und Zepa von den Serben überrannt wurde. Die Uno war von Anbeginn zum Scheitern verurteilt, weil im Sicherheitsrat unter den mit dem Vetorecht ausgestatteten fünf Ständigen Mitgliedern (USA, Frankreich, Grossbritannien, Russland und China) national-egoistische und unterschiedliche Zielsetzungen hinsichtlich einer Befriedung Bosnien-Herzegowinas vorherrsch(t)en. Die Uno diente als Feigenblatt für das Lavieren der Regierungen und auch für ihre Feigheit.

Fremdinteressen

Die Hypothek des Bosnien-Krieges sind/waren die Fremdinteressen. Dazu gehört(e), von den jeweiligen Regierungen nicht ausgesprochen, die proserbische Haltung der Briten und der Franzosen und die prokroatische der Deutschen. Die Russen standen, ebenfalls traditionell, zu den Serben.

Der Bosnien-Krieg wurde zur Belastungs- und Zerreihsprobe für die Nato, die seit dem Ende des kalten Krieges (oder kalten Friedens), dem Ableben der Sowjetunion nach einer neuen «Sinnggebung» sucht. Aber auch für die Nato wie jede andere internationale Organisation gilt, dass sie nicht mehr leisten kann, als die Summe ihrer Mitglieder zu (er)tragen bereit ist. «Offiziell» sind die Nato-Bombardements die Antwort auf das jüngste, von den bosnischen Serben verübte Massaker gegen die Zivilbevölkerung von Sarajewo. Sie sind Vergeltung. Aber diese hat jetzt eine andere militärische und politische Qualität. Die Flächenweite der Bombardements und ihre zeitliche Unbestimmtheit sind Hinweise darauf, dass es sich nicht um punktuelle Vergeltungsschläge handelt. Es liegt ihnen eine politische Strategie zugrunde, das heisst, der Frieden soll (im Uno-Auftrag) erzwungen werden.

«Bomben für den Frieden»

Nato und Uno müssen darauf achten, dass sie sich nicht in einen Krieg hineinziehen lassen. Es muss zu einem Machtwechsel in der bosnisch-serbischen Hochburg Pale (unweit von Sarajewo gelegen) kommen. Der Anführer der bosnischen Serben, Radovan Karadzic, könnte versucht sein, das aus Serbien und Montenegro bestehende Rest-Jugoslawien in den Krieg hineinzuziehen, diesen zu einem Balkan-Flächenbrand werden zu lassen. Das Uno-Tribunal in Den Haag hat Karadzic und seinen Oberbefehlshaber, General Ratko Mladic, als Kriegsverbrecher angeklagt.

Mit den Bombardements hat die Nato etwas zur Rettung ihrer bedrohlich geschädigten Glaubwürdigkeit getan. Gleichzeitig stellen die «Bomben für den Frieden» eine Zäsur für das westliche Verteidigungsbündnis dar. Für die Zukunft muss das Bündnis bedenken, dass nicht immer die

Uno gewissermassen als Hilfslösung zur Verfügung stehen wird, um zu handeln. Zu unterschiedlich sind die Interessen im Uno-Sicherheitsrat. Das heisst, die Nato wird zu neuen Begriffsbestimmungen für ihr künftiges Handeln kommen müssen, wenn sich die Friedenssicherung nicht unter der Uno-Flagge wird verwirklichen lassen.

Tiefe Wurzeln

Kriege ereignen sich nicht aus heiterem Himmel. Sie werden von denen begonnen, die davon überzeugt sind, zuletzt als Sieger auf dem Schlachtfeld zu stehen. Nicht anders verhält es sich in dem, was einst Jugoslawien war. Vergessen ist heute, dass es die serbischen und kroatischen Präsidenten, Slobodan Milosevic und Franjo Tudjman, waren, die den Krieg vom Zaune rissen.

Die tiefen Wurzeln des Krieges liegen in den unterschiedlichen Einflussphären, zu denen die verschiedenen Nationen Jugoslawiens im Laufe der Geschichte gehörten (Slowenien und Kroatien zur Habsburgermonarchie, die übrigen Landesteile zum Osmanischen Reich), den sich daraus ergebenden unterschiedlichen Kulturkreisen und der Zugehörigkeit zu verschiedenen Religionen sowie dem zivilisatorischen und sozialökonomischen Nord-Süd-Gefälle. Haupthindernis für serbische Hegemonie waren immer Kroatien und Slowenien gewesen, vor allem durch ihre wirtschaftliche Überlegenheit. 1991 hatte Milosevic unter anderem erklärt, «wenn Slowenien und Kroatien sich abspalten (von Jugoslawien), dann können wir dasselbe tun. Nur sind dann die Grenzen Serbiens offen . . .». Das heisst, Serbien hat territoriale Ansprüche an die Nachbarn und ist/war bestrebt, aus dem (einst osmanischen) Rest Jugoslawiens ein Grossserbien zu schaffen.

Als sich Westeuropa, vor allem die Europäische Union, anschickte, (Ex-)Jugoslawien zu helfen, hatte es/sie bestenfalls eine vage Ahnung von dem Konfliktpotential, das sich im Staat des 1980 verstorbenen Kommunistenführers Tito jahrzehntelang angesammelt hatte.

Radovan Karadzic bekannteste noch unlängst . . .

gegenüber der «Komsomolskaja Prawda» (Moskau): «Die Serben können sich weder mit dem kroatischen noch dem muslimischen Regime einverstanden erklären. Sie (Kroaten, Muslime) wollten nicht in einem vereinten Jugoslawien mit den Serben zusammenleben. Wir wollen nicht in ihren Staaten (Kroatien, Bosnien) leben. Sperrt man einen Hund und eine Katze zusammen, so werden sie sich entweder gegenseitig zerreißen oder werden aufhören, Hund und Katze zu sein. Wir denken nicht daran, nicht mehr Serben zu sein, nur um mit den Muslimen zusammenzuleben. Wenn das Nationalismus ist, so bin ich ein Nationalist!» ■

Hans-Jörg Schmid liebt an der Schweiz ganz einfach die Heimat

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die Jugend. Ich bin überzeugt von der Leistungsfähigkeit auch der kommenden Generation. Sie wächst auch mit der Einsicht der ökologischen Gefahren auf und wird sie lösen.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Internationale Konflikte sind kaum mehr voraussehen, und viele Regierungen sind nicht mehr berechenbar.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Elektrische Energie. Damit wurde eine extreme technische Entwicklung eingeleitet.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Das sind nicht einzelne Dinge. Es ist ganz einfach die Heimat. Ich spüre das jedesmal, wenn ich von einer grösseren Reise aus dem Ausland zurückkomme.

KURZBIOGRAPHIE

Hansjörg Schmid

Zur Person: Aufgewachsen in einer Gewerbefamilie in Eschlikon. Bin verheiratet und habe 3 erwachsene Kinder. In meinem Beruf setze ich mich laufend mit Energiefragen auseinander und habe intensiven Kontakt mit handwerklichen Betrieben, Landwirtschaft und der Industrie. Setze mich für die berufliche Nachwuchsförderung ein.

Alter: 52

Berufliche Stationen: Ausbildung als Konstruktionsschlosser. Weiterbildung im Bereich Metallbau und Verkauf. Werk-



Thurgauerinnen und Thurgauer stehen auch bei den bevorstehenden Wahlen hinter Hans-Jörg Schmid (Bildmitte).

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Dass über etliches nicht mehr ohne riesige Emotionen geredet werden kann.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Nein. Aber Minderheiten können einen Anstoss für Neues geben.

meister in Schlosserei. Verkaufsberater und Holzenergieberater und anschliessend Betriebsleiter. Seit 1980 Verwaltungsratspräsident und Geschäftsführer Schmid AG, Schmid-Fima AG.

Politische Tätigkeiten: Vize-Vorsteher Ortsgemeinde Eschlikon von 1966 bis 1977. Vizepräsident SFIH, Vorstandsmitglied Vereinigung Holzenergie. Vorstand FDP Eschlikon. Seit 1992 Kantonsrat.

Liebste Tätigkeit: Reise gerne mit Freunden in fremde Länder. Mache aber auch sehr gerne einen Jass in gemütlicher Runde. ■

Für einen Erfolg muss die Mehrheit überzeugt werden.

Warum sind Sie bei der FDP?

Eingetreten eher zufällig. Heute weil die FDP die Anliegen des Mittelstandes, das Gewerbe und die Industrie am besten vertritt.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker, wem würden Sie ihn verleihen?

Genscher. Er hat das Amt eines Aussenministers optimal erfüllt.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Wenn sie nur dann reden, wenn sie von der Sache auch etwas verstehen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Es lebe der kleine Unterschied. Wie wäre doch unser Leben ohne dieses eintönig? Männer und Frauen sollten sich ergänzen und nicht gegenseitig bekämpfen.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Bin manchmal etwas unfreundlich oder kurz angebunden. Lasse ein Ziel selten aus den Augen und erreiche es öfters. (Ausser die Senkung meines Gewichtes).

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Keines: Beruf geht neben Politik vor.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Spiele Tennis. Wenn Sie es nicht glauben, spiele ich gerne einen Match mit Ihnen. (Telefon [073] 43 14 70).

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ein Autorennen mitfahren. Ein Bubentraum, den ich nicht verwirklichen konnte.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Bundesrat Otto Stich. Ein Gespräch unter vier Augen über die Bundesfinanzen und seinen Rücktritt würde mich reizen. ■

Das globale Desaster

Neues Buch von Prof. Walter Wittmann: Ungeschminkt schildert der an der Universität Freiburg lehrende freisinnige Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Walter Wittmann in seinem neuesten Buch «Das globale Desaster»¹ die weltweit desolate Lage der Finanzen. Die aktuelle Verschuldung hat ihren Ursprung in den Defiziten der Staatshaushalte. Sie ist immer mehr weltweit auch auf die Unternehmungen und die privaten Haushalte übergeschwappt und türmt sich nun global bei allen Wirtschaftsteilnehmern auf. Ein Kollaps des Systems liegt nahe.

Dr. Werner C. Hug*

«Jeder Staat geht stets den Weg des geringsten Widerstandes. Er verschuldet sich immer wieder, um Ausgaben – unter Umgehung des Steuerwiderstandes – finanzieren zu können. Dabei gelingt es ihm regelmässig, mit wechselnden Argumenten Geldgeber von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Verschuldung zu überzeugen. In der Regel verschulden sich Staaten, unabhängig von ihrer politischen Orientierung, bis zum Ruin. Die Geschichte der öffentlichen Finanzen ist jene der Bürokratie: Sie reicht vom Altertum bis in die Gegenwart.»

Bankrotte Staaten

Ausgehend von der jüngsten Finanzkrise in Mexiko, erwartet der radikale Marktwirtschaftler Wittmann einen weltweiten Zusammenbruch des Finanzsystems. Zwar glaubten alle, dass die in Lateinamerika ausgelöste Schuldenkrise ausgestanden sei. Die Aussenschulden der südamerikanischen Länder übertreffen aber jene aus dem Jahre 1982. «Die nächste Schuldenkrise ist so sicher wie das Amen in der Kirche», schreibt der streitbare ordoliberalen Wirtschaftswissenschaftler. Hinzu gesellt sich die Verschuldung der Staaten des ehemaligen Ostblockes. Diese Länder befinden sich sozusagen im permanenten Bankrott.

«Über die Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Konsumenten hinaus existiert eine

«versteckte», eine «Quasi-Staatsverschuldung». Im Mittelpunkt steht die Sozialversicherung, die nach dem Umlageverfahren finanziert wird. Da Sozialleistungen versprochen wurden, die nicht durch künftige Einnahmen abgesichert sind, liegt eine Finanzierungslücke vor», kritisiert Wittmann.

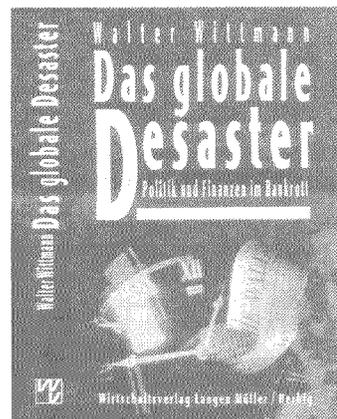
Hinter den Defiziten steht die Politik, die letztlich dafür gesorgt hat, dass die Staaten ihre Schulden nicht mehr tilgen können, dass sie zahlungsunfähig werden. Erklärt sich ein Staat bankrott, dann muss er keine Schulden und keine Zinsen mehr zahlen. Seine Gläubiger verlieren alles. Die Zahlungsunfähigkeit stürzt die Wirtschaft in eine Krise. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Unternehmen gehen Konkurs, Banken und Versicherungen geraten ins Wanken. Das soziale Netz reisst, Armut breitet sich aus. Kommt die Notenbank zu Hilfe, dann beschleunigt sich die Geldentwertung. An die Stelle der Geldtritt die Naturalwirtschaft. Die Wirtschaft bricht zusammen. Nur eine Währungsreform kann einen Ausweg öffnen.

Crash-Szenario

Wittmann ist überzeugt, dass angesichts der weltweiten Schuldenlast bei Ausbruch der nächsten Finanzkrise selbst Auffangversuche des internationalen Währungsfonds und der Weltbank scheitern werden. Die Lawine kann ausgelöst werden durch ein Erdbeben in Tokio oder in Kalifornien, ein marodes Kern-

kraftwerk, einen Umsturz in Russland oder eine Finanzkrise in einem europäischen Staat. Über eine Kettenreaktion ist dann der globale Crash nicht mehr aufzuhalten. Auch derivative Absicherungsinstrumente könnten diese kumulierten negativen Reaktionen nicht mehr verhindern. Sie verstärken sie lediglich noch.

Wie in seinen zahlreichen anderen Büchern gipfelt das Plädoyer des konsequenten Ordnungspolitikers in der Erkenntnis, dass letztlich nur mehr Markt statt Bürokratie ein solch verheerendes Szenario verhindern kann. Privatisierung, Abbau von Subventionen, von Bürokratie heissen die Rezepte gegen die



Überschuldung. Wie der überzeugte Liberale in seinem geschichtlichen Rückblick vom Altertum bis in die Neuzeit nüchtern darlegt, greift auch Keynes' Theorie des antizyklischen Verhaltens nicht mehr. Das *deficit-spending* erweist sich als Schuldenfalle. Die vermeintliche Medizin wirkt prozyklisch.

Anlagetips

Die mit spitzer Feder geführte Logik gipfelt in «Tips für den Anleger». Nach seiner schonungslosen Analyse verhehlt der aufmüpfige Autor seinem Leser nämlich seine anlagepolitischen Folgerungen überhaupt nicht. Im Gegenteil, in bereits gewohnt Wittmannscher Manier und süffiger Schreibe gibt er dem Vermögensverwalter knallharte, konsequente Anlagestrategien auf den Weg mit.

Vergessen solle man Lateinamerika, Afrika, den Balkan, die GUS-Staaten, Russland im besonderen und zahlreiche Entwicklungsländer Asiens. Vor Japan warnt der Finanzexperte. Europa befinde sich in einem Erosionsprozess, eine Finanzkrise könne jederzeit ausbrechen. «Die beste Wahl in dieser Welt ist mit eklatantem Abstand Nordamerika mit den USA und dem «europäischen» Nachbarn Kanada.» Anlagen, bei denen man die Zeit gegen sich hat, sollten vermieden werden, ebenso wie Futures, Calls und Puts, Optionsscheine und Warrants. Ein kluger, weitsichtiger Anleger spiele im «Casino der Derivate» grundsätzlich nicht mit, lautet seine Devise. Seine Anlagetips zum Stock Picking und seine glasklare Meinung zu Immobilienanlagen werden hier nicht verraten. Sie sind ebenso stringent wie seine schonungslose und provokative Gesamtanalyse.

Konsequenter Liberaler

Man täte dem engagierten Marktwirtschaftler Unrecht, wenn man seine Überlegungen als absurde, irrealer Crash-Theorien ad acta legen würde. Im Gegenteil, Prof. Wittmann hat sich seit den siebziger Jahren mit dem überbordenden Staat, der Verbürokratisierung auseinandergesetzt. Er hat mit seinen zahlreichen Büchern immer wieder versucht, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und insbesondere die politisch Verantwortlichen auf die Folgen des Wohlfahrtsstaates aufmerksam zu machen.

Wer vom System der Marktwirtschaft überzeugt ist, der kommt um seine Ausführungen zum zentralen Thema «Finanzen» nicht herum. Wittmanns Analyse und die Darstellung der möglichen Folgen gestatten dem politisch Denkenden und Verantwortlichen nach der Lektüre allerdings ein Übergehen zur Tagesordnung kaum mehr. Das Ziel des Finanz- und Ordnungspolitikers wäre damit erreicht.

¹ Walter Wittmann: Das globale Desaster. Ullstein, Langen, Müller, Herbig, München 1995. 218 Seiten, Fr. 38.–.

* Dr. Werner C. Hug, Wirtschaftsredaktor im Bundeshaus, Stadtrat FDP, Bern.



Magglingen war für die FDP das Signal, einheitlich aufzutreten: die FDP-Führungscrow. Von links: die Berner Ständerätin Christine Beerli im Gespräch mit Parteipräsident Franz Steinegger, Bundespräsident Kaspar Villiger, Fraktionspräsident Pascal Couchepin, Nationalrätin Vreni Spoerry, Fulvio Pelli (Tessiner Kantonalpräsident und Vizepräsident der schweizerischen Partei), Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Nationalratspräsident Claude Frey. (Photos ruti)

Gelungener Startschuss

Wahlauftakt der FDP in Magglingen

Generalsekretär
Christian Kauter

Nach vier aufregenden Wochen, wo die Emotionen von rechts das Volk aufwühlten, aber keine Lösungen brachten, war Magglingen wie der erfrischende Wind nach einem heissen Sommer. Zwei Parteien, eine rechte wie eine linke, die beide mit einem Fuss ausserhalb des Bundesrates stehen, haben sich in wochenlangen Kämpfen demaskiert: die eine, weil sie keine Lösungen bietet, die andere, weil sie nur Geld vom Steuerzahler verlangt, das nicht mehr in der Kasse ist.

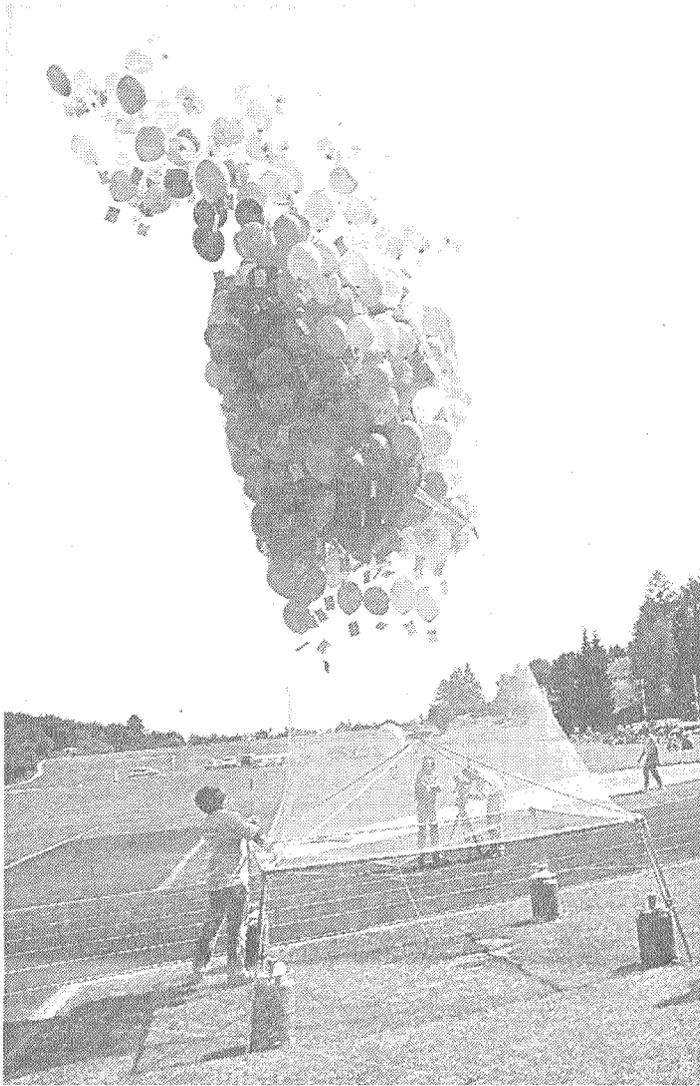
Der Wahlkampfauftakt der Freisinnigen in Magglingen war

demgegenüber von wohlthuender Sachlichkeit: Nicht Emotionen standen im Mittelpunkt, nicht Schaulusteffekte, nicht Maximalforderungen, sondern kühle Sachpolitik kam zu Wort. Deshalb hat die FDP die Wahlprobe bestanden. Der Weg der FDP ist der Weg der Schweiz. Parteipräsident Franz Steinegger hat die Grenzlinien nach links und rechts gezogen. Er erhielt nicht nur den Beifall der Parteimitglieder, sondern auch der Medien, die nach Wochen heisser Sommerdispute nun zur Kenntnis nahmen, dass in Bern auch Sachpolitik betrieben werden kann. Nichts braucht unser Land dringender als den



Fit für den Wahlkampf: Bundespräsident Kaspar Villiger und FDP-Nationalrätin Trix Heberlein im Gleichklang.

Fortsetzung auf Seite 6



Damit es aufwärts geht: FDP-Ballone gehen in die Luft.

Fortsetzung von Seite 5

konstruktiven Dialog. Nur aus diesem Dialog heraus kann sich wieder die urdemokratisch-freisinnige Haltung entwickeln, die unser Land und unsere Mitbürger erfolgreich machte. Die FDP ist Garant einer soliden Politik, welche die Extreme nicht duldet. Sie ist nicht fehlerlos, aber führungsstark. Sie ist führungsstark, weil sie nicht extrem ist.

«Damit es aufwärts geht»

Jetzt stehen uns die nächsten Bewährungsproben bevor. Unsere Innenpolitik und Aussenpolitik sind von links herausgefordert, weil einerseits untragbare Geldausgaben verlangt werden und andererseits der rasche Beitritt in den EU-Raum postuliert wird, der selber noch nicht gefestigt ist. Einer solchen linken Politik des finanziellen und politischen Abenteuerums werden wir uns

widersetzen. Die Rechtsparteien verlangen eine Schweiz, die in ihrem eigenen Saft schmoren soll. Sie wollen unser Land in die Steinzeit zurückkatapultieren, die Ausländer vor die Türe stellen und uns auf unserer Hochpreisinsel sitzenlassen, den eigenen Monopolen ausgeliefert. Das ist nicht freisinnig, nicht fortschrittlich und nicht finanzierbar. Magglingen war für die FDP das Signal, einheitlich aufzutreten, «damit es aufwärts geht», wie unser Wahlkampfeslogan es verspricht. Wir haben ein Fundament der Vernunft, des Möglichen und des Sinnvollen geschaffen, das uns den Wahlerfolg bringen soll. Dies ist nicht wichtig wegen der Partei an sich, sondern wegen der Stabilität, die wir vertreten. Wir können unser Land doch nicht den Extremen ausliefern. In Magglingen wurde ihnen eine klare Absage erteilt. ■



Parteipräsident Steinegger zog die Grenzlinien nach links und rechts ...



... wie immer von den Medien scharf beobachtet.



Die Gruppe «Jael»: mit ein Zeichen für den eigenen FDP-Stil.



Anmarsch der Freisinnigen.



Eine Partei lebt auch von der Geselligkeit (Bild links). Gespräch unter Freunden: der ehemalige Luzerner Regierungsrat Erwin Muff mit Bundespräsident Kaspar Villiger, Nationalratspräsident Claude Frey mit Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz (Bild rechts).

Verantwortung übernehmen

Warum will die SP immer noch den Kapitalismus überwinden statt Arbeitsplätze schaffen?

FDP, damit es aufwärts geht.

Das Parteiprogramm der SP Schweiz fordert weiterhin die Überwindung des Kapitalismus. Die FDP setzt sich für mehr Unternehmertum ein. Damit es aufwärts geht. Das schafft und sichert Arbeitsplätze. Wenn Sie mehr über die FDP-Vorschläge «Fitnesskur für den Wirtschaftsstandort Schweiz» wissen möchten, verlangen Sie unser Positionspapier (gratis). FDP Schweiz, Postfach, 3001 Bern



Wahlendungen mit der FDP

Überblick über die Wahlendungen mit FDP-Exponenten am Schweizer Fernsehen und am Radio.

Fernsehen DRS

- 6. Oktober** 19.15 Parteien im Kreuzverhör: FDP-Parteipräsident Franz Steinegger im Gespräch
- 10. Oktober** 22.20 Wahl-ARENA mit FDP/SP/EVP mit den Parteipräsidenten
- 13. Oktober** 20.00 Wahl-ARENA mit allen Parteien und ihren Präsidenten
- 22. Oktober** 20.00 Wahlkommentar mit den Parteipräsidenten

Hinzu kommen die Sendungen «Schweiz aktuell» und «10 vor 10», die je nach Tagesaktualität auch über den Wahlkampf berichten.

Fernsehen S 4

- 21. September** 21.00 Bundesplatz: FDP

Radio DRS 1

- 11. September** 17.00 Reg. journal
18.30 national Aargau: Ständeratswahl und Energiepolitik
- 13. September** 17.00 Reg. journal
18.30 national Basel: Ständeratswahlen/Gen- und Biotechnologie

- 15. September** 17.00 Reg. journal
18.30 national Ostschweiz: die Schweiz am Rande – die wirtschaftlichen Probleme einer Grenzregion
- 18. September** 17.00 Reg. journal
18.30 national Innerschweiz: geht die Neat baden?
- 20. September** 17.00 Reg. journal
18.30 national Zürich: Frauenwahlkampf und Frauenpolitik
- 22. September** 17.00 Reg. journal
18.30 national Bern: Verhältnis Romandie - Deutschschweiz/ Umgang mit Minderheiten in Brückenkantonen
- 25. September** 18.30 Die Wahlen in der Westschweiz
- 27. September** 18.30 Der Blick in die Südschweiz: Wird die Lega gebremst?
- 29. September** 18.30 Die Wahlen und die 5. Schweiz: Woher das Interesse?
- 6. Oktober** 13.00 Parteien im Kreuzverhör: FDP live im Rendez-vous
- 14. Oktober** 10.00 Der Endspurt vor der Entscheidung
- 22. Oktober** 12.00–24.00 Wahlsonntag

Hinzu kommen Gesprächsrunden und Kommentare in den Regionaljournalen sowie die Informationssendungen in den Gefässen «Rendez-vous» und «Echo der Zeit», die regelmässig Themen aus dem Wahlkampf aufgreifen.

Verantwortung übernehmen

Der Heimat zuliebe: schweizerische Gesprächskultur statt totalitärer Populismus.

Damit es aufwärts geht.

In totalitären Regimen wurden Andersdenkende als heimatmüde abgestempelt: wer nicht unserer Meinung ist, ist gegen das Vaterland! Wir Freisinnigen wehren uns gegen moralisches Abqualifizieren. Wir setzen uns ein für liberale Meinungsfreiheit, für die traditionelle, ur-schweizerische Gesprächskultur. Darauf baut der Zusammenhalt der Schweiz. Verlangen Sie unser «Liberales Manifest» (gratis). FDP Schweiz, Postfach, 3001 Bern





Mit den Frauen gewinnen: Kantonalpräsidentin Beatrice Geier (BL) und die Waadtländer Nationalrätin Christiane Langenberger (rechts) reichen Parteipräsident Franz Steinegger und Fraktionspräsident Pascal Couchepin den Schlüssel zum Erfolg der FDP.

FDP-Frauen: Schlüssel zum Erfolg

Sieben freisinnige Frauen kandidieren bei den kommenden eidgenössischen Wahlen für den Ständerat, mit acht Frauen stellt die FDP die grösste Zahl weiblicher Regierungsrätinnen, rund dreissig Prozent aller Kandidierenden sind Frauen: Auf dem Berner Münsterplatz stellten sich die FDP-Frauen vor. Die FDP-Regierungsrätinnen versprachen tatkräftige Unterstützung. Eines war allen klar: Die Frauen sind der Schlüssel zum Erfolg für die FDP.

(Photos ruti)



FDP-Ständerätin mit Ständeratskandidatinnen (von links): Christine Beerli (BE), Vreny Spoerry (ZH), Helen Leumann (LU), Monique Pichonnaz Oggier (FR), Ursula Brasey (TG), Françoise Saudan (GE).



Die freisinnigen Frauen bei ihrer Wahlmanifestation auf dem Berner Münsterplatz.

Kandidaten unter dreissig

Für junge Freisinnige bieten sich zwei Möglichkeiten, um sich für den Nationalrat zur Verfügung zu stellen: Sie kandidieren auf einer FDP-Liste, oder sie reichen als Jungliberale eine eigene Liste ein. Insgesamt bewerben sich über fünfzig Kandidatinnen und Kandidaten unter dreissig auf den FDP-Listen quer durch die ganze Schweiz.

Guido Schommer*

Für die Nationalratswahlen vom 22. Oktober haben sich die Jungen je nach Kanton verschieden entschieden. In den Kantonen Bern (27 Kandidatinnen und Kandidaten), Aargau (7), Wallis (4) und Genf (5) haben die Jungliberalen bzw. die Jungfreisinnigen eigene Listen eingereicht. In den Kantonen Zürich (9 Kandidatinnen und Kandidaten sind maximal dreissig Jahre alt) und Basel (1) präsentieren sie sich auf einer gemeinsamen Liste FDP/Jungliberale. In den Kantonen Solothurn, Tessin und Genf

* Vorstandsmitglied FDP Appenzell Auser- rhoden, zurzeit Praktikant auf dem FDP- Generalsekretariat.

ist je ein(e) Jungliberale(r) in die FDP-Liste integriert worden. Insgesamt bewerben sich also über fünfzig junge Kandidatinnen und Kandidaten auf den FDP-Listen quer durch die ganze Schweiz.

In jedem Fall Chancen

Welcher Weg ist erfolgversprechender? Entweder befinden sich junge Kandidaten in aussichtsloser Position auf einer FDP-Liste, wo sie im Laufe der Jahre jedoch aufsteigen können. Oder sie werden mit eher schlechten Wahlchancen auf einer selbständigen jungliberalen Liste aufgeführt. Die Präsentation für die Nationalratswahlen eröffnet den Jungen in jedem Fall Chancen: An Podiumsgesprächen oder in den regionalen Medien können sie sich einen Namen machen

und sich so für kommunale und kantonale Mandate aufbauen. Nicht wenige der amtierenden kantonalen Parlamentarier haben sich früher für einen Nationalratsitz zur Verfügung gestellt.

Fazit

Eigene Listen sind für die grösste Jungpartei der Schweiz ein effizientes Werbemittel und betonen die Eigenständigkeit der Jungliberalen. Damit werden ihre Listen auch für das junge Wähler-

segment attraktiver. Eigene Listen bieten zudem den Vorteil, dass die Jungpartei den ganzen Wahlkampf selber organisieren kann, was eine äusserst herausfordernde und lehrreiche Aufgabe ist. Die Kandidatur auf der Liste der Mutterpartei bietet demgegenüber schnellere Aufstiegschancen. Sie kann aber auch dazu führen, dass die eigenständigen Positionen der Jungliberalen nicht dieselbe Beachtung finden. ■

Im Zuge der Neubesetzung der Position

PRESSECHEFIN PRESSECHEF

bieten wir Ihnen ein faszinierendes Betätigungsfeld.

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz verpflichtet sich als grösste Partei des Landes dem liberalen Gedankengut.

Sie weiss um die hohe Bedeutung des ständigen Kontaktes mit ihren Mitgliedern, der Öffentlichkeit und dem politischen Umfeld und pflegt deshalb die Kommunikation, zielgruppenspezifisch und professionell.

Beruflich erfahren im

PR-BEREICH/JOURNALISMUS

redigieren Sie den Pressedienst, die monatlich erscheinende Parteizeitung «Freisinn» und die Vierteljahresschrift «Politische Rundschau», organisieren Sie Pressekonferenzen, betreuen Sie Medienvertreter an Partei- und Fraktionsanlässen, engagieren Sie sich persönlich bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen und beraten Sie fachlich kompetent und menschlich überzeugend Partei- und Fraktionsgremien in medienpolitischen Belangen.

Und übrigens: das «politische Bern» hat seinen besonderen Reiz – eine echte Herausforderung!

Ich freue mich auf Ihre Kontaktnahme. Schreiben Sie mir kurz oder rufen Sie mich in einem ruhigen Augenblick an für ein erstes, absolut vertrauliches Gespräch, Telefon (031) 311 34 38. Ich nehme mir gerne Zeit für Sie.

Christian Kauter, Generalsekretär FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.



Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Rollende Programmarbeit

Folgende Positionspapiere können bestellt werden (1 Ex. gratis, grössere Bestellungen bei der Kantonalpartei):

- Neutralität
- Finanz- und Steuerpolitik
- Patentierbarkeit von Erfindungen betreffend Organisationen
- Tourismus
- Wohnen
- Entwicklungshilfe
- Landwirtschaftspolitik
- Sozialpolitik
- Öffentliche Sicherheit
- Effizienzsteigerung im staatlichen Bereich
- Äussere Sicherheit

- Forschung und Bildung
- Kulturpolitik
- Perspektiven liberaler Lebensgestaltung
- Aussenpolitik
- Wirtschaftspolitik
- Wege aus der Arbeitslosigkeit
- Innere Sicherheit
- Seniorenpolitik
- Regierungsreform

Name: _____ 9/95

Vorname: _____

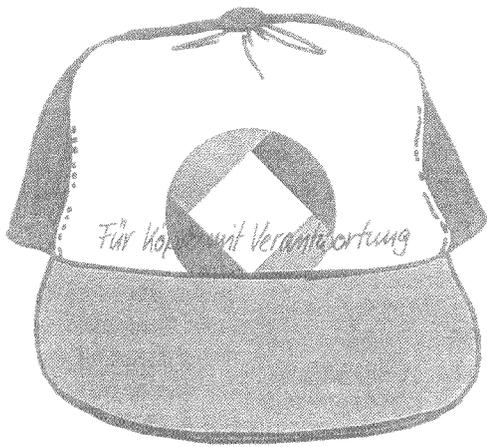
Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■



FDP-Mütze

Freisinnige Köpfe sind kluge Köpfe, Köpfe, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Zeigen Sie Ihren freien Sinn, oder machen Sie Ihren Kindern ein besonderes Geschenk mit der Mütze in den FDP-Farben rot-blau-weiss zum Preis von nur Fr. 12.- (Grösse verstellbar).

Talon

Ich bestelle:

_____ Stück FDP-Mütze(n) à Fr. 12.-

Name/Vorname: _____

9 95

Adresse/PLZ/Wohnort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Werbeabteilung, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■



FDP-Foulard 95

Endlich ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben rot/blau/weiss/schwarz gehalten.

Ich bestelle _____ Stück FDP-Foulard 95 zu Fr. 50.-

Name: _____

Vorname: _____

9 95

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

DAZER — Stoppt aggressive Hunde!



In den USA zum «Produkt des Jahres» gewählt!

Bewährtes Ultraschall-Abwehrgerät gegen aggressive Hunde jeder Grösse und Rasse. Auf Tastendruck sendet das Gerät bis auf 7 m einen für den Menschen unhörbaren Hochfrequenzton aus, der angreifende Hunde stoppt, ohne sie jedoch zu verletzen.

Jetzt nur Fr. **118.-**

Ideal für Läufer, Velofahrer, Wanderer und Hundebesitzer. 120 Gramm leicht, mit praktischem Ansteckclip für Hose oder Gurt, inkl. 9-Volt-Batterie.

DAZER wird in Kanada, Irland, England und anderen Ländern von der Post offiziell eingesetzt.

H & S Trade

H & S TRADE, Haldenstrasse 6
9532 Rickenbach
Tel. 073/ 25 50 60 • Fax 073/ 25 50 69

Für Ihren DAZER:
Coupon ausschneiden und an uns
einsenden

Bitte senden Sie mir ... Stk. **DAZER-Abwehrgerät** zum Vorzugspreis von Fr. 118.- (+ Versand) mit 10 Tagen Rückgaberecht.

«FDP-9/»

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Politische Bombe, und fast niemand schaut hin

Da platzte an der letzten Von-Wattenwyl-Runde eine politische Bombe, und die Medienvertreter haben es nicht wahrgenommen – mit Ausnahme der NZZ und von Urs Paul Engeler, der darüber in der Zeitschrift «Facts» bereits vor der offiziellen Information der Öffentlichkeit schrieb. Es geht um die Finanzperspektiven der AHV.

Anna-Marie Kappeler

Bisher hiess es aus dem EDI, erst nach dem Jahr 2000 schreibe die AHV rote Zahlen, bis zu diesem Zeitpunkt werde der Reservefonds jedoch weiter geäuft. Die Realität sieht anders aus: 1995 halten sich Einnahmen und Ausgaben noch knapp die Waage. Bereits ab 1996 braucht es die Zuschüsse der Zinserträge auf dem Reservefonds. Dass diese «bad news» von den Medien nicht aufgenommen wurden, lässt an ihrer Kompetenz und Objektivität zweifeln.

Frühwarner zurückgepfiffen

Am 10. Mai 1994 trat Bundesrätin Ruth Dreifuss mit einer spektakulären Aktion an die Öffentlichkeit: Der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) lagen Zahlen vor, die auf die kommenden finanziellen Probleme bei der AHV hinwiesen. «Gouverner c'est prévoir», sollte man eigentlich meinen und solche Probleme möglichst frühzeitig in Angriff nehmen. Die Freisinnigen

scheuten sich einmal mehr nicht, auch dieses heikle Thema öffentlich zu diskutieren. Mit einem offenen Brief und ohne Absprache im Bundesrat piff Bundesrätin Dreifuss die Frühwarner zurück und warf ihnen «den Missbrauch der Angst in der Politik» vor.

Korrektur

Die Aussagen, die Dreifuss am 10. Mai 1994 machte, musste sie am 1. September 1995 korrigieren. Vor einem Jahr schrieb Bundesrätin Dreifuss: «Bis ins Jahr 2000 werden die Einnahmen die Ausgaben der AHV übersteigen, und der AHV-Fonds wird damit weiter geäuft, selbst wenn die Bundessubventionen im Rahmen der Sanierungsmassnahmen gekürzt werden sollten. Erst nach dem Jahr 2000 werden wir Mittel aus den bedeutenden Reserven des AHV-Fonds einsetzen müssen...» Die Situation heute sieht so aus: Die AHV finanziert sich ab sofort nicht mehr aus den Einnahmen, und die Einforderung des zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozentes, dem Volk und Stände im November

1993 zugestimmt haben, drängt. Zwischen 2000 und 2005 wird sich der Reservefonds trotz dem bewilligten Mehrwertsteuer-Prozent auf die Hälfte der jährlichen Ausgaben reduzieren. Von 2006 bis 2010 müssten auch die Lohnprozente von 8,4 Prozent auf 9,6 erhöht werden, soll die AHV dann noch in einem finanziellen Gleichgewicht gehalten werden. Schon ab 2010 rechnet das EDI mit einem Defizit von rund 4 Milliarden Franken, wenn bis dann kein neues Finanzierungsmodell gefunden wurde.

Kein Thema?

Ist das etwa kein Thema? Auch wenn heute noch viele Medienvertreter davor die Augen verschliessen, dafür lieber gegen Sozialabbauer wettern – die düsteren finanziellen Perspektiven der AHV sind eine Tatsache. Sie lassen sich nicht mehr beschönigen.

Premiere

Seit dem 6. September 1995 verfügt die FDP als erste Partei in der Schweiz über einen Informations-Server auf dem World Wide Web (WWW) des Internet.

Als dynamische Partei, die in die Zukunft investiert, will die FDP ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit auch auf Internet eine grosse Zahl an Informationen über ihre Persönlichkeiten, ihre politischen Positionen und ihre Aktivitäten anbieten. Dank Internet wird es möglich sein,

die freisinnigen Politikerinnen und Politiker auf Bundesebene besser kennenzulernen und mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Weiter ist ein direkter Zugriff auf den freisinnigen Presdienst (SFP) vorgesehen. Die «Datenbank FDP» wird bis Ende Jahr sukzessive aufgebaut.

Sie erreichen diese Datenbank über Web <http://www.ping.ch/fdp-prd/>

Ihre Bemerkungen erreichen uns über die email-Adresse: fdp-prd@ping.ch

Bis bald auf dem Web!

Verantwortung übernehmen

Unsere Armee: Für die einen ein «Trachtenverein», für die anderen nur die «1. Liga». Die FDP aber sagt klipp und klar Ja zur Landesverteidigung.

Ja zur Landesverteidigung, kompromisslos.

SP-Boss Bodenmann bezeichnet unsere Armee in der «Arena» als «Trachtenverein». Und Ogi-Leute wollen nicht von der «Nationalliga A» (EVED) in die «1. Liga» (EMD) wechseln. Es ist billig, sich mit Klischee-Sprüchen gegen EMD und Militär zu profilieren. Das Weltgeschehen zeigt, dass dieses Thema viel zu ernst dafür ist. Wer Armee und EMD verspottet, würdigt zudem den Einsatz Hunderttausender von Armeeingehörigen herab. Die FDP ist nicht dafür zu haben. Sie bekennt sich zur Landesverteidigung und dankt allen Soldaten und Offizieren. Verlangen Sie unser Positionspapier zur Sicherheitspolitik. FDP Schweiz, Postfach, 3001 Bern



FDP-LEUTE

Roswitha Ott

In ihrer Eigenschaft als Schweizer Delegierte nahm die Bündner Nationalratskandidatin Roswitha Ott diesen Sommer teil an der Weltkonferenz der Soroptimist International in San Francisco. Soroptimist International ist ein weltweit aktiver Service-Klub für Frauen. Er wurde in den letzten zwei Jahren von der Schweizerin Marie-Jeanne Bosia präsidiert. 2700 Frauen aus 107 Ländern legten in San Francisco ein beeindruckendes Bekenntnis zur humanitären Verantwortung der Frauen in dieser Welt ab.

Die Schweizer hatten in San Francisco einen grossen Auftritt: In einer von Generalkonsul Alfred Bähler übermittelten Gruss-

adresse dankte Bundespräsident Kaspar Villiger den Frauen für ihren Einsatz um eine bessere Welt. Im Kontext des Tagungsthemas «Accepting the Challenge and Facing it» wurden die Gedanken des «President of Switzerland» sehr positiv aufgenommen. Cornelio Sommaruga, Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), rief in einer eindrucklichen Rede Politikerinnen und Politiker auf, die Verantwortung in ihren Ländern für eine bessere Welt wahrzunehmen.

Roswitha Ott, die nicht im Verdacht steht, zum Chauvinismus zu neigen, konnte jedenfalls stolz auf ihre Landsleute sein. ■



Das Ehepaar Bähler, Michela Bosia, Fahnenträgerin, und Marie-Jeanne Bosia, Weltpräsidentin, beide aus Lugano, Roswitha Ott und Cornelio Sommaruga, Präsident IKRK (von links).

Jörg Kündig



Ein bemerkenswertes und empfehlenswertes Buch hat FDP-Mitglied, Gemeinderat von Goss-

au und Zürcher Nationalratskandidat Jörg Kündig geschrieben. «Der richtige Anlageentscheid» ist 1994 im Verlag Textaid, Egg ZH, erschienen und kostet Fr. 38.50. Das Werk des

jungen Praktikers, der 1960 geborene Kündig ist Betriebsökonom HWV und seit zehn Jahren Anlageberater einer Bank, befasst sich mit Anlagezielen, stellt ausführlich die Finanzanalyse dar, behandelt die derivativen Instrumente und schliesst mit einer Anzahl von persönlichen Tips und Erfahrungen. Einsteigern vermittelt das Buch das nötige Denkschema zur Anlageentscheidung und zeigt Interpretationsmöglichkeiten von Ereignissen und volkswirtschaftlichen Gegebenheiten auf. AMK

KOLUMNE

Warum geht es der Schweiz gut, wenn es der FDP gutgeht?



Kritikaster, Abbruch-Politiker, Nein-Sager, einschaltquotenfördernde Sprücheklopfer, dramatisierende «Enthüllungsjournalisten», «Wadenbeisser» hatten in den letzten Jahren Hochkonjunktur. Dass auch konstruktive Arbeit geleistet wurde, ging darob und geht im Wahlkampfgetöse fast unter. Um so wichtiger ist es, in der gehätschelten «Streitkultur» nicht nur den überbordenden Streit, sondern auch die politische Kultur zu pflegen und sich auf die *erfolgreichen Grundlinien* der eidgenössischen Politik zu besinnen. Was in der von den Boulevard-Medien (inklusive Fernsehen und Radio) angeheizten Pseudohektik verlorengelangen droht, ist vor allem der *Sinn für das Mass* und die *rubige Besonnenheit*, die die viersprachige Schweiz meist mit Erfolg zu einem pragmatischen Vorgehen veranlasst hat.

Die Schweiz ist nun einmal ein vielgliedriges Land. Vielleicht sind die regionalen Eigenheiten und Unterschiede durch die Mobilität etwas geringer geworden. Aber es sind neue Differenzen, nicht zuletzt wirtschaftlicher und sozialer Art, gewachsen, und das rasche Tempo der gesellschaftlichen und politischen Wandlungen in der Welt und in unserem Land hat die Unterschiede in der Aufnahme- und Anpassungsfähigkeit noch stärker hervortreten lassen. Zudem hat nicht zuletzt die Europa-Frage der Tendenz in beiden Lagern Auftrieb gegeben, den andern Standpunkt und seine allfällige Berechtigung gar nicht mehr wahrzunehmen und lediglich noch mit geschlossenen Klappen die eigenen Argumente zu wiederholen. Erste Voraussetzung, um auch in schwierigen, in höchstem Masse kontroversen Fra-

gen einen breiten Konsens zu finden, ist, den andern anzuhören mit dem Willen, *ihn auch zu verstehen*.

Darum braucht die Schweiz in besonderem Masse politische Orte, wo das *«Zusammenraufen» Pflicht* ist. Dazu gehörten und gehören in erster Linie jene Parteien, die wie die FDP (und in etwas geringerem Masse auch die CVP) *über das ganze Land verteilt* sind und in alle beruflichen Schichten hineinreichen. Nur schon um die eigene Existenz zu sichern, müssen diese Parteien sich um eine mittlere Linie kümmern, auch wenn dies oft schwerfällt und vielleicht da und dort sogar zu Zerreihsproben führt. Während Berufsverbände als Interessenvertreter und auf bestimmte Regionen beschränkte Parteien zur Einseitigkeit und nicht selten zur Sturheit neigen, ist die FDP von ihrer Struktur her zu einer *Gesamtsicht* verpflichtet. Sie ist es nicht minder von ihrer Geschichte her, hat sie doch den Bundesstaat geschaffen und über bald 150 Jahre fortentwickelt und in seiner liberalen und demokratischen Substanz erhalten.

Seit dem Mauerfall 1989 sind mit der Erleichterung auch eine grössere Bewegungsfreiheit und *Unsicherheit*, verstärkt durch die Rezession, eingekehrt. Konzentration auf die eigenen Urteile und Vorurteile und auf die eigenen Interessen hat sich ausgebreitet. Diesen destruktiven Tendenzen gilt es mit *konstruktiver Politik*, mit einer auf das Ganze gerichteten, schweizerische Tradition und Identifikation verkörpernden Politik entgegenzutreten. Dafür bietet sich auch heute noch der Freisinn an: *Denn der Schweiz geht es gut, wenn es der FDP gutgeht*.

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller,
Meilen ZH

Freiwillige öffentliche Tagesschulen schaffen!

Rund hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzeichnete die dritte Jahrestagung der FDP-Frauen Schweiz in Zürich. Unter der Leitung von Präsidentin Franziska Frey-Wettstein, Zürcher Kantonsrätin und Nationalratskandidatin, diskutierten die Anwesenden über das politisch brisante Thema «Schul(re)formen für die liberale Familie: Tagesschulen? Blockzeitenmodelle?».

◉ Madeleine Kuhn-Baer*

In drei Referaten beleuchteten Fachleute am Vormittag den Bereich Tagesschule aus pädagogischer, soziologischer und ökonomischer Sicht. Für Peter Roth, Lehrer für Pädagogik/Psycholo-

gie am Seminar für pädagogische Grundausbildung Zürich, ist die Tagesschule mehr als eine herkömmliche Regelschule mit Mittagessen. Sie werde zu einer Herausforderung für alle Beteiligten und verlange ein Überdenken des pädagogischen Handelns in der Schweiz.

Die soziale Erziehung (Gemeinschaftsbildung) stehe dabei

* Landrätin aus Glarus.

im Zentrum. Die Tagesschule erweitere die vier Aspekte des erzieherischen Handelns – Person, Begegnung, Erziehung durch Unterricht sowie Begleitung der Entwicklung – und benötige auf der institutionellen Ebene ein pädagogisches Schulhauskonzept mit analogen vier Aspekten.

Verantwortung übernehmen

Gemäss Dr. Ruth Hungerbühler, Soziologin und Redaktorin Radio DRS 2, kann man von einer gesellschaftlichen Verantwortung für den Ausbau des formellen öffentlichen Sektors familienergänzender Massnahmen sprechen. Die Gesellschaft übernehme solidarisch die Verantwortung für die alten Sozialitäten, die auf Grund des gesellschaftlichen Wandels wegfielen. Tagesschulen sollten als familienergänzendes Angebot fakultativ, aber nicht nur unteren sozialen Schichten vorbehalten sein.

Aus ökonomischer Sicht ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung sind Tagesschulen für Sabine Littmann-Wernli, Lehrbeauftragte der Universität Zürich. Ohne eine Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen beziehungsweise ohne eine Vergrösserung des Freiraums für Familien bezüglich Rollenteilung, Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit seien eine bessere Nutzung des Humankapitals (Ausbildung, Berufserfahrung, Weiterbildung) und eine Förderung zusätzlicher Humankapitalbildung von Frauen nicht zu erreichen. Ansonsten würden individuelle und staatliche Ausbildungsinvestitionen falsch eingesetzt und wertvolle Ressourcen verschwendet.

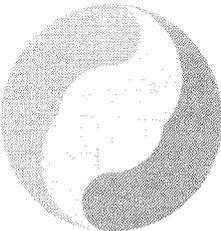
Nach der Vorstellung der Stadtzürcher Modelle bezüglich Quartierschulen und Blockzeiten durch Heinrich Marti, Zentralsekretär des Schulamtes der Stadt Zürich, wurden am Nachmittag an einer Podiumsdiskus-

sion verschiedene Aspekte von Schul(re)formen für die liberale Familie diskutiert. Dabei wurden nochmals die Vorteile der Tagesschulen aufgezeigt und die Wichtigkeit von familienergänzenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten als Anliegen der heutigen Generation betont.

Für das Podium zur Verfügung gestellt hatten sich Christine Egerszegi, Stadträtin, Grossrätin und Nationalratskandidatin aus dem Kanton Aargau, Ursula Rellstab als Präsidentin des Vereins Tagesschulen für die Schweiz, Reinhard Suter, Leiter der Städtischen Tagesschule Staudenbühl, Zürich, Dorothea Tuggener, Heilpädagogin und Tagesschulleiterin aus Embrach, sowie Rolf Oehler, Betriebswirtschafter und Journalist aus Mörschwil. Die Leitung des Podiums oblag Kommunikationsberaterin Gabriela Winkler.

Gleiche Lehrziele

Die FDP-Frauen Schweiz hatten sich schon früher für freiwillige öffentliche Tagesschulen eingesetzt. Diese seien ein Angebot im Rahmen unserer Volksschule und verfügten über dieselben Lehrziele, hatten sie in einem «Plädoyer für Blockzeiten und Tagesschulen» festgehalten. Gleiche Rechte für Mann und Frau kämen nur zum Tragen, wenn auch während der Schulphase eine ausserfamiliäre Betreuung vorhanden sei.

Hart sein  Frau bleiben

FRAUENWAHLFEST VOM 16. SEPTEMBER 1995
im Schützenhaus Albisgüetli, Zürich

Am 16. September 1995 feiern wir miteinander ein etwas ungewöhnliches Wahlfest. Ein ausschliesslich von Frauen der drei bürgerlichen Parteien konzipiertes Treffen, das sich einmal anders als die üblichen Parteianlässe präsentiert. Im Mittelpunkt steht die Unterstützung unserer National- und Ständeratskandidatinnen.

Organisation: FDP/CVP/SVP-Frauen

Festkarte pro Person: Minimalbeitrag Fr. 60.–, Ordentlicher Beitrag Fr. 100.–, Spenden sind willkommen

Anmeldung bis 15. August 1995 an:

FDP/CVP/SVP-Frauenfest, Postfach, 5417 Untersiggenthal
Einzahlungen ausschliesslich mit Giro auf PC-Konto: 50-11630-8

Die Festkarten werden erst nach Zahlungseingang zugestellt

Anmeldung zum Frauenwahlfest

vom 16. September 1995 in Zürich

Name:.....

Vorname:..... Partei:.....

Strasse:..... Nr:.....

PLZ:..... Ort:.....

Namen der Begleitpersonen:.....

Einbezahlt Fr.:..... Anzahl Personen:..... Spende:.....

Anzahl Menues mit Fleisch:..... Anzahl Menues vegetarisch:.....

Datum:..... Unterschrift:.....

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern. Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion: Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: Kretz AG, Verlag und Annoncen, General Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

Erfahrungen für die einen, Jungbrunnen für die anderen

Sie kamen, sahen und machten Politik. Rund fünfzig Nachwuchstalente diskutierten an der zweiten Sommeruniversität in Neuenburg vom 21. bis zum 25. August 1995 mit erfahrenen FDP-Politikern über die wichtigsten Themen der schweizerischen Politik.

◊ Lukas Schifferle

An der FDP-Sommeruniversität trafen sich bestandene freisinnige Politikerinnen und Politiker mit interessierten jungen Leuten. Beide profitierten: Die Jungen bekamen einen Einblick in den Politalltag unseres Landes. Die Profis konnten sich am Jungbrunnen erfrischen und neue Ideen für die nächste Legislaturperiode sammeln.

Politik der Zukunft

Zusammen besprach man die freisinnige Politik der Zukunft. Im Gegensatz zur Politik unter der Bundeshauskuppel scheint für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sommeruniversität die Europafrage reif zu sein. Jedoch soll sich die Schweiz, so war zu hören, nicht nur für eine Politik der Öffnung einsetzen, sondern auch in der Innenpolitik den Prozess der Erneuerung vorantreiben.

Konkretisierung der Volksrechte, marktwirtschaftliche Reformen insbesondere in der Landwirtschaft und in der Bildung und die zukünftige Finanzierung des Sozialstaates waren Themen, die bei den Jungen auf offene Ohren stiessen.

Aus erster Hand

Der Nachwuchs lernte auch die Leiden und Freuden des Generalsekretärs Christian Kauter aus erster Hand kennen und gewann so einen Einblick in das Innenleben der grössten Volkspartei der Schweiz. Auf grosse Begeisterung stiessen die Medienworkshops. Ein Fernseh- oder Radiointerview zu geben oder ein Pressecommuniqué zu verfassen war für viele eine äusserst wertvolle Erfahrung.

Kein Röstigraben

Das Gesellige kam nicht zu kurz. Neuenburg bietet seinen Gästen ein pulsierendes Nachtleben und Weinberge voller Reben, die den

köstlichen Saft des Bacchus hergeben. Durch dieses Ambiente verschwand der Röstigraben vollends, und jeder erinnerte sich daran, dass er einmal eine zweite Landessprache gelernt hatte.

Die zweite Sommeruniversität war ein grosser Erfolg, der durch den grossen Einsatz von FDP- und JBS-Mitgliedern ermöglicht wurde. Ihnen allen sei ganz herzlich gedankt.

1996

In Solothurn wird übrigens die FDP-Sommeruniversität 1996 stattfinden, und zwar vom 19. bis zum 24. August. Eine Gelegenheit für alle, welche die diesjährige verpasst haben. ■

JBS-MAILBOX

Die neue Art des Informationsaustausches

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) hat als erste Partei der Schweiz am Kongress vom 27. August 1995 ihre eigene Mailbox offiziell in Betrieb genommen. Jeder Besitzer eines Computers und Modems kann somit rund um die Uhr über eine normale Telefonleitung die aktuellsten News und Informationen der grössten Jungpartei der Schweiz beziehen.

Bei der JBS-Mailbox handelt es sich um einen eigenen Rechner, der über ein Modem unter der Nummer (031) 964 02 42 angewählt werden kann. Die JBS-Mailbox soll den Informationsaustausch sowohl innerhalb der JBS als auch gegen aussen fördern. Einladungen, Protokolle, Veranstaltungshinweise, Artikel der JBS-Zeitung «Akzent» und aus Informationsorganen der Kantonssektionen sind auf einfachste Art abrufbar. Die neuste Adressliste, Logos der verschiedenen Sektionen, Bilder von prominenten Jungliberalen, auf all das und noch viel mehr kann jederzeit zugegriffen werden. Bereits über fünfzig Benutzerinnen

und Benutzer sind elektronisch erreichbar, darunter Mitglieder des Zentralvorstandes und Kantonalpräsidenten. Diskussionen zu heissen Polit-Themen über Kantonsgrenzen hinweg sollen so ermöglicht werden.

Der JBS-Mailbox-Rechner befindet sich beim JBS-Generalsekretär Mattia Pelloni, der die Systembetreuung übernommen hat. Technischen Support leistet Markus Hochstrasser, Tel. (031) 954 03 24, der das ganze System aufgebaut hat. Kosten fallen im Gegensatz zu gewissen On-line-Diensten ausser den normalen Telefongebühren keine an. Die Mailbox ist unabhängig von der Rechnerplattform des Benutzers, es ist also egal, ob man einen PC, Mac, Amiga, Atari oder sonst einen Rechner besitzt. Ein bescheidener Jahresbeitrag von Fr. 20.- soll helfen, das System technisch auf dem aktuellen Stand zu halten und je nach Benutzung auszubauen.

Mach mit und nutze die Chance, einen neuen Weg des Informationsaustausches zu beschreiten! ■



Das Gesellige kam nicht zu kurz, und der Röstigraben «n'existait pas». (Photos Schifferle)

Europapolitik: nicht nur holen, auch bringen

Mir scheint, dass sich unter bürgerlichen Politikern eine Sprachregelung zur Europapolitik eingestellt hat. Man bejaht das Ziel des EU-Beitritts (Bundesrat) als Langzeitziel und sagt, das wird erst in vielen, vielen Jahren spruchreif.

Ich halte das für wenig aufrichtig. Es bedeutet ja, dass wir auf lange Zeit hinaus den Weg des Alleingangs begehen sollen. Es ist wohl bekannt, dass uns dies durch Souveränitätsverzicht zu Satelliten macht ohne Mitspracherecht. Wir werden «autonom» nachvollziehen, was unsere Nachbarn in Europa gemeinsam als gültige Spielregeln festlegen.

Die jetzt schon weit gediehene Isolation der Schweiz wird sich weiter verstärken. Gewiss: die Wirtschaft kann sich dank Globalisierung aus vielen Nachteilen draussen halten. Aber auch ausserhalb Europas (WTO, Mer-

cosud usw.) treten heute unsere Nachbarn gemeinsam als EU auf. Die Schweiz muss sich allein Gehör verschaffen.

Merken wir es denn nicht, dass unsere Europa-Diskussion vor allem die politische und kulturelle Dimension der EU aufnehmen muss? Zunächst muss uns die Strukturrevision der EU (Regierungskonferenz 1996) interessieren, weil sich unser europäischer Partner neue Entscheidungsabläufe geben soll. Zum andern wird uns die Ost-Erweiterung noch weiter isolieren.

Es geht um unsere Mentalität. Es geht um faire Verhandlungen. Wir haben ein hohes Interesse, dass Europa gedeiht und wir mittendrin auch. Es ist eine Tatsache, dass wir Wertvolles in den Europa-Prozess einzubringen haben. Wir wollen nicht nur holen, sondern auch bringen!

Eduard Wildbolz, Kirchblindach

Jetzt sich zum Freisinn bekennen

Grosse Traditionen sind wenig wert, wenn wir ihnen nicht nachleben. Was mir am Freisinn jetzt wieder gefällt, ist seine wachsende Kampfbereitschaft. Lange sah es so aus, als würden wir unsere Gegner nicht ernst nehmen. Die Sozialdemokraten versuchten uns auf der Innenbahn zu überholen, indem sie gutverdienende Angestellte und Beamte abwarben, die im Herzen freisinnig sind, sich aber ein sozial-grünes Äusseres zulegten. Andererseits schielten immer mehr Freisinnige nach SVP und FPS.

Jetzt wissen wir, dass wir dies nicht zulassen dürfen. Der Freisinn ist ebenso traditionsbewusst wie sozial. Viele Freisinnige sind für wirtschaftsverträgliche ökologische Anliegen politisch empfänglicher als mancher Wertkonservative. Wir vom Freisinn sind eine lebendige Partei, die perfekter als jede andere die Wünsche und Bedürfnisse unseres Volkes abdeckt.

Zu diesem wieder volksverbundenen Freisinn müssen wir uns bekennen. Sein Stamm ist wirtschaftsfreundlich, denn ohne gutverdienende Unternehmen gibt es keine Arbeit und keine Steuern. Aber seine Wurzeln, seine Äste und sein Laub sind ebenso liberal wie konservativ, ebenso fortschrittlich wie beharrlich. Diesen lebendigen Freisinn müssen wir verkörpern; dazu wollen wir uns alle bekennen.

Es darf kein Freisinn sein, der sich in der Sachpolitik nach aussen abschliesst. Es muss ein Freisinn sein, der sich öffnet: mit einem Interface nach links und einem Interface nach rechts. Aber am Stamm darf dies nichts ändern. Dieser wieder berechenbare Freisinn wird die Wahlen gewinnen.

*Hans-Jacob Heitz,
Unternehmer und Kantonsrat,
Wintertur*

BUCHTIP

Frauen auf dem öffentlichen Parkett

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann gibt mit «Frauen auf dem öffentlichen Parkett» ein Handbuch mit vielen Tips und Tricks für Frauen, die in der Öffentlichkeit mehr Einfluss nehmen wollen und die Welt nach ihren Vorstellungen und Werten gestalten wollen. Das Handbuch will Frauen informieren und animieren, sich auch öffentlich dafür einzusetzen, damit ihre Wünsche und Ziele Wirklichkeit werden. Es richtet sich gezielt an Einzelpersonen, Frauengruppen, Organisationen und Verbände, die sich öffentlich engagieren wollen.

«Die Frauen machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus, doch sie verfügen bei weitem nicht über die Hälfte der Macht in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Im Gegenteil, ihre Interessen und Anliegen werden oft vergessen oder vernachlässigt. Wenn wir jedoch auf eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft hinarbeiten wollen, die auf die Bedürfnisse aller eingeht, dann ist die Beteiligung der Frauen am politischen Leben unerlässlich», so Bundesrätin Ruth Dreifuss in ihrem Vorwort zum Handbuch. Frauen sind also aufgefordert zu handeln.

Kurz vor den National- und Ständeratswahlen sind die Würfel noch nicht gefallen. Für eine bessere Vertretung der Frauen sind gerade die Anstrengungen vor den Wahlen von grosser Bedeutung. Das Handbuch kann hier viele Hinweise geben. Wahlen sind ein wichtiger Schritt, gleich nachher jedoch sind Frauen aufgerufen, ihre Erfahrungen in die öffentliche Diskussion einzubringen. Mit einer Vielzahl von konkreten Beispielen soll das Handbuch ein Wegweiser auf dem langen Weg zur Verwirklichung von Frauenanliegen sein.

Das Handbuch zeigt auf, wie unser politisches System funktioniert, wie und wo Frauen sich engagieren können, aber auch welche Hürden ihnen begegnen und wie diese überwunden werden können. Das eigentliche

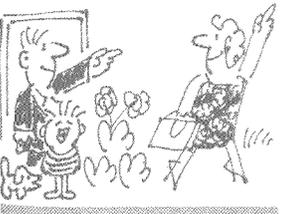
Kernstück des Handbuches enthält einen «Werkzeugkasten» und Checklisten, die dazu beitragen, sich sicher auf dem öffentlichen Parkett zu bewegen. Wie bereite ich mich auf ein Podiumsgespräch vor? Wie organisiere ich Geld für mein Projekt? Welche politischen und juristischen Mittel stehen zu Verfügung, um effizient das Ziel zu erreichen? Diese Fragen geben Hinweise auf das breitgefächerte Know-how, das dieser Werkzeugkasten vermitteln will.

Das Handbuch «Frauen auf dem öffentlichen Parkett» erscheint in Deutsch und in Französisch. Es ist im Buchhandel für Fr. 29.80 (eFeF-Verlag, 376 Seiten, ISBN 3-905493-85-3) erhältlich.



Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen.



Als Vater und Mutter werden Mann und Frau in ein viel zu enges Kleid gezwängt. Schneidern Sie mit uns ein neues!

FDP

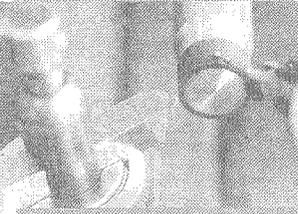
1 Alles über die Gleichstellung.



Unser Staat legt jedem Neugeborenen 22'000 Franken Schulden in die Wiege. Die FDP sagt: Unverantwortlich.

FDP

2 FDP-Finanz- und Steuerpolitik glasklar.



Die Arbeitslosenversicherung stoppt die Arbeitslosigkeit nicht. Darum wollen wir neue Arbeitsplätze schaffen.

FDP

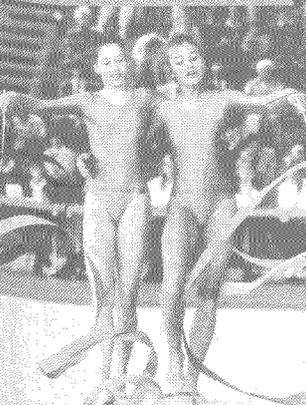
3 Die einzige Strategie gegen Arbeitslosigkeit.

Liberales Manifest

Freiheit heute und morgen
Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt

FDP

4 FDP-Grundwerte.



Sport 2001

FDP

5 FDP und Sport: ein starkes Team.

Schimpfen tut gut. Verantwortung übernehmen ist besser.

Wir übernehmen Verantwortung

FDP

6 Mitgliederwerbung im Inland ...

Die Partei der Auslandschweizer
FDP SCHWEIZ INTERNATIONAL
Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland
The political home for Swiss abroad



FDP

7 ... und im Ausland.

Jahresbericht Rapport annuel

Die Arbeit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung
L'activité du Parti radical-démocratique suisse et du Groupe radical-démocratique de l'Assemblée fédérale

94/95

FDP PRD PLR

8 Der Jahresbericht.



Bitten senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr. 1 2 3 4 5 6 7 8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten
die Nummern 1 2 3 6 7 je Fr. -.50
die Nummer 4 5 Fr. 1.-
die Nummer 8 Fr. 5.-

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

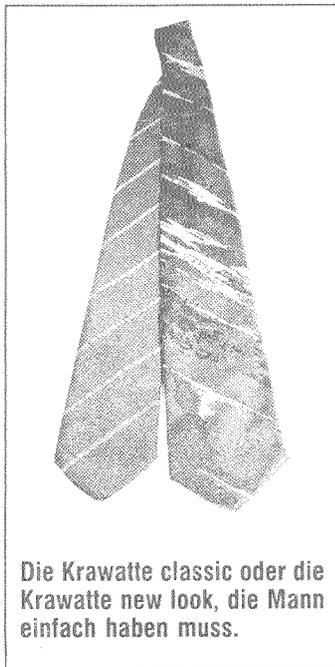
Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 311 34 38
Fax (031) 312 19 51

Chic und praktisch

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen auf dieser Seite vor. Bestellen Sie jetzt! Wollten Sie nicht schon längst dies oder

jenes jemandem oder sich selber schenken? Benutzen Sie im Wahljahr unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.



Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.

Talon

Ich bestelle:

- _____ Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.–
- _____ Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.–
- _____ Ex. Portefeuille à Fr. 44.–
- _____ Ex Doppelschirm à Fr. 30.–
- _____ Ex. Sportschirm à Fr. 30.–
- _____ Ex. Holzschirm à Fr. 35.–
- _____ Ex. Krawatte classic à Fr. 40.–
- _____ Ex. Krawatte new look à Fr. 40.–
- _____ Ex. Festschrift à Fr. 15.–

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

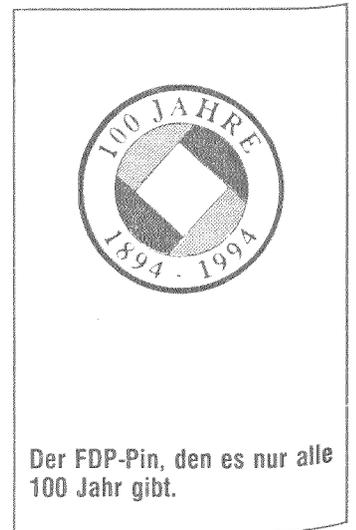
PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

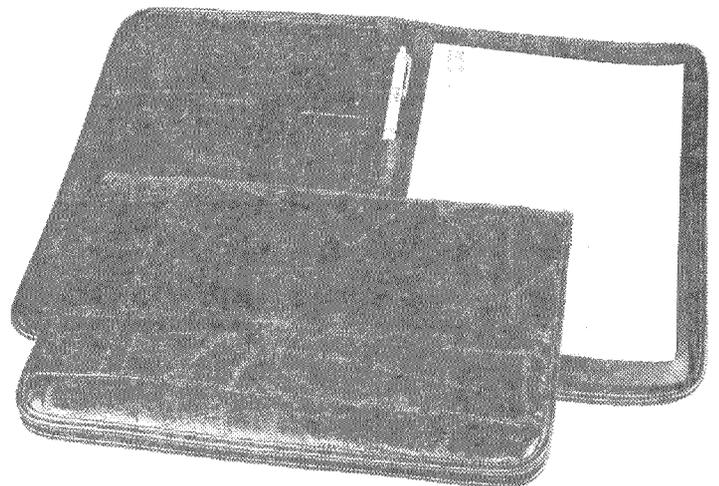
Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



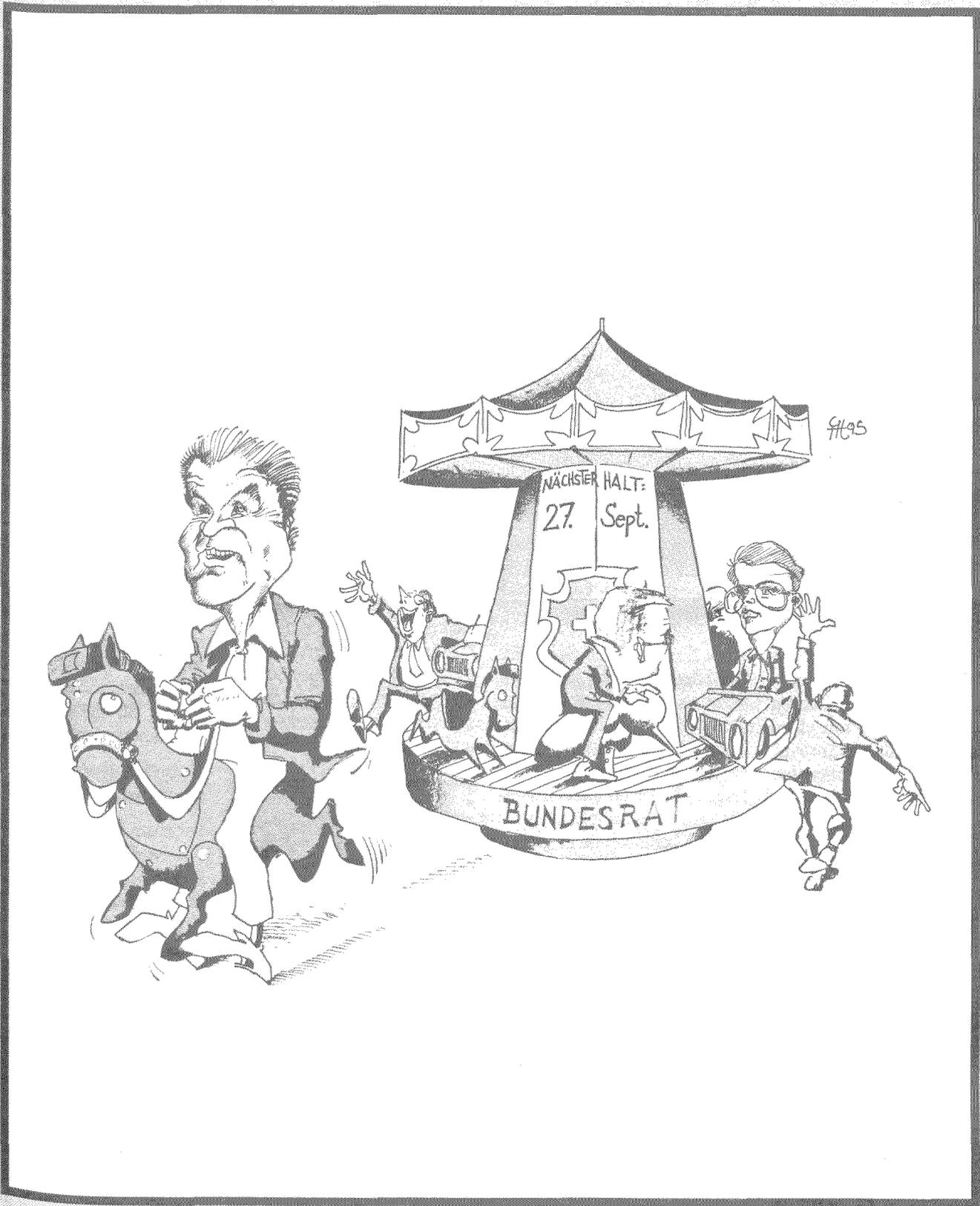
Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem und der Agenda aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahr gibt.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



Karikatur Andreas Töns

Bilaterale Verhandlungen contra EU-Diskussion

Am Montag, 19. Juni, beendete die FDP des Kantons Zürich ihren dreiteiligen Zyklus unter dem Titel «Die Schweiz und Europa – wie geht es weiter?» Eine illustre Runde nationaler Politiker hatte die Aufgabe, die bilateralen Verhandlungen politisch zu beurteilen. Dabei kündeten mindestens einzelne Verböten vom kommenden Wahlkampf.

(msx) Die FDP des Kantons Zürich beendete ihren Europa-Zyklus mit einer Podiumsveranstaltung, deren prominente Teilnehmer aus dem Nationalrat die Aufgabe hatten, die bilateralen Verhandlungen politisch zu beurteilen. Der moderierende Parteipräsident Walter Bosshard betonte, seine Partei lasse sich von niemandem positionieren. Ihr sei an Information, nicht an Schlagwortabtausch gelegen.

Mittepositionen für die bilateralen Verhandlungen

Eine der zentralen Fragen des Abends war die Trennung zwischen bilateralen Verhandlungen und der Diskussion um einen möglichen Beitritt zur Europäischen Union (EU). Nationalrat Peter Hess, Präsident der CVP-Fraktion der Bundesversammlung, betonte, wenn das Ergebnis der bilateralen Verhandlungen vorliege, sei mit einer nüchternen Analyse des Erreichten über den weiteren Weg zu befinden. Ähnlich votierte Nationalrat



Peter Hess



Franz Steinegger

Franz Steinegger, Präsident der FDP Schweiz. Für ihn sind die bilateralen Verhandlungen eine «passage obligée». Er lehnte parallele EU-Beitrittsverhandlungen ab und warnte davor, mit der Frage nach der EU von den aktuellen Problemen abzulenken. Allerdings befürwortete er es, innenpolitisch die mit einer «gewissen Unausweichlichkeit» bevorstehenden konkreten Fragen im Sinne einer «Grobbestimmung» zu diskutieren, hätten doch die Verhandlungsergebnisse fakultative Referenden zu bestehen.

Extrempositionen betreffend EU-Diskussion

Nationalrat Peter Bodenmann, Präsident der SP Schweiz, vertrat eine pointiertere Position, indem er betonte, die bilateralen Verhandlungen seien keinesfalls von der Frage nach einem EU-Beitritt trennbar, weswegen es vor allem wichtig sei, dass «das Volk wieder Vertrauen entwickle». Nicht weniger deutlich, aber gegenteilig votierte Nationalrat Theo Fischer, Präsident der SVP-Fraktion der

Bundesversammlung. Für ihn wäre eine Aktivierung des EU-Beitritts-gesuches gegenwärtig falsch: Nach dem EWR-Nein seien schon viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger «kopfscheu» gemacht worden, indem der EU-Beitritt zum strategischen Ziel erhoben worden sei. Hingegen seien die bilateralen Verhandlungen eine Chance, individuelle Lösungen zu finden, wobei keinerlei Zeitdruck auszuüben sei.

«Knackpunkte» Personen- und Transitverkehr

Einmal mehr wurde deutlich, dass die Dossiers Personen- und Transitverkehr die eigentlichen «Knackpunkte» der bilateralen Verhandlungen darstellen, wobei sich die Positionen der einzelnen Parteien erwartungsgemäss als analog zu den Positionen in der EU-Diskussion herausstellten. Während Hess die klare Zustimmung seiner Partei zur Liberalisierung vom Personenverkehr und zu einer zukunftsgerichteten



Theo Fischer

Lösung im Bereich des Transitverkehrs betonte, gibt es laut Bodenmann «real keine Alternative» zur Freizügigkeit im Personenverkehr. Fischer hingegen hob hervor, das werde schwierig sein, in diesen Punkten zu tragfähigen und akzeptablen Lösungen zu kommen. Steinegger



Peter Bodenmann

sprach vor allem vom Verkehrsdossier mit Respekt: Es sei eine Kreuzung von Verkehrs-, Finanz- und Europapolitik. Aber auch bezüglich der Freizügigkeit, die er vor allem als Chance versteht, erwartet der Präsident der FDP Schweiz eine «unschöne Diskussion». Die – inzwischen gescheiterte – Lockerung der «Lex Friedrich» nannte er einen Gradmesser für die Öffnungspolitik der kommenden Jahre.

Polarisierung – ein Medienprodukt?

Vor allem Bodenmann erinnerte das Publikum in permanenten Attacken gegen die SVP daran, dass ein Wahlkampf bevorsteht. Er postulierte eine «Koalition der Vernunft», die Mehrheiten hinter sich scharen würde, sobald die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erkannt hätten, dass auf der Gegenseite «destruktive Politik mit einer Kultfigur» betrieben werde. Aber auch Steinegger liess es sich nicht nehmen, mehr als einmal zu betonen, er sei nicht mehr bereit, die «moralische Abqualifizierung» politischer Gegner zu akzeptieren. Allein: klärende Worte zur Position der SVP Schweiz gegenüber den jüngeren Kantonalparteien waren nicht zu hören – Fischer bezeichnete auffällige Differenzen gar als Produkt der Medien.